



global witness

Rubber Barons

Wie vietnamesische Unternehmen und internationale Geldgeber Landraub in Kambodscha und Laos betreiben und fördern (Mai 2013)

Zusammenfassung

Kambodscha und Laos stecken mitten in einem von vietnamesischen „Kautschukbaronen“ (Rubber Barons) angeführten Kampf um Land. Dieser Bericht zeigt auf, wie zwei der größten Unternehmen Vietnams, Hoang Anh Gia Lai (HAGL) und die Vietnam Rubber Group (VRG), riesige Ländereien in Laos und Kambodscha gepachtet haben, um dort Plantagen zu errichten – mit verheerenden Folgen für die örtlichen Gemeinden und die Umwelt. Dank enger Beziehungen zu korrupten Politikern und Geschäftsleuten bleiben ihre Taten bislang straffrei. Absprachen werden im Geheimen getroffen, und internationale Geldgeber wie die Deutsche Bank und die Internationale Finanz-Corporation (IFC) helfen bei der Finanzierung.

Hohe Kautschukpreise und eine rasant steigende Nachfrage vor allem aus China verursachen gewaltigen Druck, mehr Land in Kautschukplantagen umzuwandeln. Als weltweit drittgrößter Kautschukproduzent ist Vietnam ein wichtiger Akteur auf dem Weltmarkt. HAGL und VRG beherrschen die Produktion in Vietnam. Da Vietnam aber nur begrenzt Land für den Kautschukanbau besitzt, interessieren sich die beiden Unternehmen jetzt für die Nachbarstaaten Kambodscha und Laos.

Die Regierungen in Kambodscha und Laos verteilen große Landflächen und ignorieren dabei Gesetze zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt. Ende 2012 waren 2.6 Mio. Hektar Land in Kambodscha verpachtet, 1.2 Mio. davon für die Kautschukgewinnung. Zwanzig Prozent dieser Fläche wurde fünf der mächtigsten kambodschanischen Tycoons überlassen. Dies ist nur das jüngste Beispiel dafür, wie die wertvollen natürlichen Ressourcen Kambodschas von einer Elite ausgebeutet werden, die immer reicher wird, während ein Drittel der Bevölkerung mit weniger als US\$0,61 am Tag überleben muss. Währenddessen erhielten Konzessionsinhaber in Laos mindestens 1.1 Mio. Hektar Land ohne jedwede Konsultation der betroffenen Bevölkerung. Häufig wurden dabei ganze Dörfer zwangsumgesiedelt.

Die verheerenden Auswirkungen der Aktivitäten von VRG und HAGL können kaum angemessen genug dargestellt werden. Häufig erfährt die Bevölkerung von der Landvergabe erst, wenn Bulldozer anrollen. Die betroffenen Familien versinken in Armut, sie leiden unter Nahrungsmittel- und Wasserknappheit als Resultat der Wegnahme ihres Landes und erhalten kaum oder gar keine Entschädigungen. Sakrale Wälder und Begräbnisstätten eingeborener ethnischer Minderheiten wurden zerstört. Widerstand der Gemeinden wird mit Gewalt, Verhaftungen und Freiheitsentzug beantwortet, häufig durch bewaffnete Sicherheitskräfte, die auf der Lohnliste der Investoren stehen.

Beide Unternehmen sind trotz gesetzlicher Verbote am Kahlschlag intakter Wälder innerhalb und außerhalb ihrer Konzessionsgebiete beteiligt. HAGL wird beschuldigt, einen machtvollen kambodschanischen Tycoon mit der Abholzung und Verarbeitung des Tropenholzes aus den

HAGL-Konzessionen beauftragt zu haben. Und VGR-Gesellschaften werden Kontakte zu hohen kambodschanischen Regierungsbeamten und Geschäfte mit einem bekannten illegalen Holzfällersyndikat nachgesagt.

Körperschaftliche Geheimhaltung war ein wichtiges Instrument für HAGL und VRG ihre nutzenzießerischen Besitzverhältnisse an Kautschukgesellschaften verschleiern zu können. Dies hat ihnen anscheinend ermöglicht, die in Kambodscha gesetzlich festgelegte Obergrenze von Konzessionsflächen pro Unternehmen um das Fünf- bzw. Sechzehnfache überschreiten.

Regierungsbeamte in Kambodscha und Laos sind Teil des Problems. Sie haben Konzessionen in Verletzung der Gesetze ihres jeweiligen Staates vergeben, und keine Maßnahmen ergriffen, wenn HAGL und VRG offen diese Gesetze misachteten. Dies berechtigt aber weder HAGL noch VRG in irgendeiner Weise, nicht die Verantwortung für ihre illegalen Handlungen wahrzunehmen. Beide Unternehmen müssen eindringlich zur Rechenschaft gezogen werden.

Rubber Barons ist der erste Enthüllungsbericht über die Rolle internationaler Finanzinstitute bei dieser Art von Landraub. Die Deutsche Bank hat millionenschwere Beteiligungen in beiden Unternehmen, und die IFC – die Finanzierungsgesellschaft der Weltbank – investiert in HAGL. Diese Investitionen stehen in klarem Widerspruch zu den öffentlichen Bekundungen beider Organisationen, sich für ethisch einwandfreie und nachhaltige Praktiken einzusetzen, sowie zum zentralen Mandat der Weltbank, Armut zu bekämpfen.

Dieser Bericht zeigt auch auf, dass es an internationalen Vorschriften fehlt, die verhindern, dass Unternehmen und Geldgeber Landraub in den ärmsten Ländern der Welt vorantreiben. Folgende Maßnahmen sind dringend erforderlich:

- Die Regierungen von Kambodscha und Laos sollten die Konzessionen für die folgenden Unternehmen sofort widerrufen: Heng Brother, CRD, Hoang Anh Oyadav, Hoang Anh Mang Yang, Krong Buk, Dong Phu, Dong Nai, Tan Bien, Hoang Anh Attapeu Company, LVFG, HAGL Xekong und die Viet-Lao Company.
- Beide Staaten sollten alle sonstigen Aktivitäten in Verbindung mit VRG und HAGL einstellen, die Geschäftstätigkeiten der beiden Unternehmen umfassend untersuchen und rechtliche Schritte einleiten, wenn illegale Aktivitäten festgestellt werden.
- Beide Staaten sollten illegalen Holzeinschlag in Verbindung mit diesen Konzessionen unterbinden und alle Beteiligten gerichtlich verfolgen.
- Die Deutsche Bank und die IFC sollten dringend Schritte einleiten, um sicherzustellen, dass HAGL und VRG den Umweltauflagen und sozialen Anforderungen nachkommen, die gesetzlich bzw. von den Richtlinien der Deutschen Bank und der IFC vorgeschrieben sind. Beide Finanzinstitute sollten ihre Beteiligungen an HAGL und VRG rückgängig machen, wenn diese Unternehmen nicht binnen sechs Monaten all diese Reformen vollständig umgesetzt haben.
- Die IFC muss ihre Darlehensvergabe an Finanzintermediäre umfassender prüfen und eine Strategie erarbeiten, um die Transparenz und Finanzrechenschaft solcher Investitionen zu verbessern.
- Alle Staaten müssen international anwendbare Vorschriften gegen Landraub formulieren und durchsetzen. Die Staats- und Regierungschefs der G8 sollten beim Gipfeltreffen im Juni 2013 eine fristgebundene Zusage vereinbaren, um Investitionen zum Landerwerb im Ausland von Unternehmen zu regulieren, die in ihren eigenen Ländern ansässig sind. Staaten weltweit sollten die „Freiwilligen Leitlinien zur Verantwortungsvollen Governance von Boden- und Landnutzungsrechten“ umsetzen und diese Leitlinien in rechtsverbindliche Verhaltensnormen für Unternehmen aufnehmen, die in Land investieren.

Wichtigste Schlussfolgerungen

1) Die neuen Kautschukbarone Hoang Anh Gia Lai und die Vietnam Rubber Group zerstören in ihrer Kautschukgier die Lebensgrundlage lokaler Gemeinden und die Umwelt:

- Dörfer, die von Kautschukkonzessionen betroffen sind, welche im Besitz von diesen oder mit diesen assoziierten Unternehmen sind, haben riesige Land- und Waldflächen verloren. Viele Haushalte sind infolgedessen verarmt, und sakrale Wälder und Begräbnisstätten wurden zerstört.
- Eingeborene ethnische Minderheiten mussten unverhältnismäßig stark unter diesen Maßnahmen leiden, obwohl ihre Rechte auf Land und Ressourcen völkerrechtlich besonders geschützt sind.
- Diese Unternehmen bzw. mit ihnen assoziierte Firmen sind für den illegalen Kahlschlag intakter Wälder – einschließlich Pallisanderbäumen und anderer geschützter Baumarten – innerhalb und außerhalb ihrer Konzessionsgebiete verantwortlich;
- Die Beschäftigungsangebote auf HAGL- und VRG-Plantagen sind häufig eingeschränkt. Dort wo sie bestehen, sind die Arbeitsbedingungen schlecht.

2) Hoang Anh Gia Lai und die Vietnam Rubber Group haben systematisch Gesetze ignoriert:

- Hoang Anh Gia Lai und mit ihr assoziierten Unternehmen wurden offenbar insgesamt 81.919 Hektar Land zugeteilt. Davon liegen 47.370 Hektar in Kambodscha, obwohl gesetzlich dort nur 10.000 Hektar an ein Unternehmen zugeteilt werden dürfen.
- Der Vietnam Rubber Group und mit ihr assoziierten Unternehmen wurden offensichtlich insgesamt 200.237 Hektar Land zugeteilt. Davon liegen 161.344 Hektar in Kambodscha. Demzufolge dürfte VRG und seinen assoziierten Unternehmen insgesamt mehr als sechzehn Mal so viel Land zugeteilt worden sein wie gesetzlich zulässig.
- Dass die beiden Unternehmen die gesetzlich zulässige Schwelle an Konzessionsfläche in Kambodscha überschreiten konnten, ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass beide Unternehmen ihre nutzenzieherischen Besitzverhältnisse hinter komplexen Systemen von Strohfirmen verbergen.
- Beide Unternehmen pflegen Kontakte zu Kambodschas politischer Elite und haben Mitglieder der bewaffneten staatlichen Sicherheitskräfte zur Bewachung ihrer Konzessionen angeheuert.
- Beide Unternehmen haben unverhohlen – und bislang straffrei – Umwelt- und Sozialgesetze missachtet. Hoang Anh Gia Lai gibt öffentlich zu, dass die Aktivitäten des Unternehmens in beiden Ländern nicht gesetzeskonform sind.
- Global Witness legte die in diesem Bericht dargelegten Beweise im August 2012 HAGL und VRG vor und forderte die Unternehmen auf, zumindest ihre Aktivitäten in Übereinstimmung mit den nationalen Gesetzen auszuführen, ein Streitschlichtungsverfahren mit betroffenen Gemeinden einzuführen und wichtige Firmendokumente zu veröffentlichen. Keines der Unternehmen scheint jedoch seitdem irgendeine dieser Maßnahmen ergriffen zu haben.

3) Die Internationale Finanz-Corporation und die Deutsche Bank finanzieren die Aktivitäten von Hoang Anh Gia Lai und der Vietnam Rubber Group unter Verletzung ihrer eigenen Verpflichtungen zum Schutz von Menschen und Umwelt:

- Die Internationale Finanz-Corporation investiert derzeit US\$14,95 Mio. in einen vietnamesischen Fonds, der mit fast fünf Prozent an Hoang Anh Gia Lai beteiligt ist.
- Die Deutsche Bank unterhält eine Reihe von institutionellen Beziehungen zu Hoang Anh Gia Lai und besitzt u. a. 3,4 Mio. HAGL-Aktien im Wert von rund US\$4,5 Mio. Darüber hinaus besitzt die Deutsche Bank 1,2 Mio. Aktien der Konzerngesellschaft Dong Phu der Vietnam Rubber Group mit einem Wert von derzeit US\$3,3 Mio.

- Weder die Internationale Finanz-Corporation noch die Deutsche Bank kamen ihrer Sorgfaltspflicht bei der Überprüfung von HAGL und VRG nach und beachtetten somit nicht ihre eigenen Umwelt- und Sozialstandards.

4) Die in diesem Bericht dargelegten Beweise passen zu einem umfassenderen Muster von gescheiterter Governance und Verletzungen von Menschenrechten in Kambodscha und Laos:

- Bis Ende 2012 hatte die kambodschanische Regierung Pachtverträge für 2,6 Mio. Hektar Land als Konzessionen abgeschlossen, das sind 73% des anbaufähigen Landes in Kambodscha. Allein in zwölf Provinzen sind 400.000 Menschen betroffen.
- Die Regierung von Laos hat mindestens 1,1 Mio. Hektar Land für Konzessionen verpachtet, das sind fünf Prozent der gesamten Staatsfläche. Betroffen davon sind schätzungsweise 13% aller Dörfer in Laos.
- In beiden Ländern wurden Landkonzessionen in Nationalparks vergeben. Diese Konzessionen sind erwiesenermaßen hauptsächlich für Waldzerstörung verantwortlich.
- Betroffene örtliche Gemeinden und zivilgesellschaftliche Gruppen, die Kritik an diesen Konzessionen äußern, werden zunehmend Drohungen und Menschenrechtsverletzungen durch die Unternehmen und staatlichen Behörden ausgesetzt. In Fällen, in denen Bewohner versuchten, ihr Land und ihre Wälder zurückzugewinnen, wurden sie bedroht, festgenommen und sogar von Sicherheitskräften, die von den Konzessionsinhabern angestellt sind, beschossen.

5) Es fehlen deutlich verbindliche internationale Rahmenwerke, die den Landraub und illegalen Aktivitäten von Unternehmen wie Hoang Anh Gia Lai und der Vietnam Rubber Group angehen können. Derartige Rechtsrahmen sind dringend nötig, um einen Missbrauch in Ländern wie Kambodscha und Laos zu verhindern, in denen die Regierungen Gesetze zum Schutz einfacher Bürger nicht durchsetzen.

Auf Anfrage bestätigte HAGL den Besitz von Kautschukplantagen von insgesamt 46.752 Hektar in Kambodscha und Laos, bestritt aber Kenntnis von Streitigkeiten mit örtlichen Gemeinden oder die Beteiligung an illegalen Aktivitäten zu haben. VRG indessen erklärte, die dargelegten Beweise entsprächen nicht der Wahrheit, weigerte sich aber, den Status oder Bestand seiner Kautschukbetriebe in Kambodscha oder Laos zu bestätigen.